

AUFKLÄREN STATT BELEHREN

11 Thesen zur
Gegenwart und
Zukunft der poli-
tischen Bildung



DEMOKRATIE

≠

SCHENK



LOTHAR FRICK

11 THESEN

Die politische Bildung muss sich vor dem Hintergrund vielfältiger gesellschaftlicher Veränderungen immer wieder neu hinterfragen und zumindest in Teilen immer wieder neu positionieren. Da der Zusammenhalt in unserer Gesellschaft schwindet, sollte politische Bildung in Zukunft vorrangig das betonen, was diesen Zusammenhalt wieder stärken kann. Dazu ist es notwendig, die „asozialen Hetzwerke“ zu regulieren oder gar zu zerschlagen, da sie zu oft Radikalisierungstendenzen Vorschub leisten. Gemeinschaftskundeunterricht sollte in allen Schularten in allen Jahrgängen verpflichtend unterrichtet werden. In einer „Gesellschaft der Singularitäten“ (Andreas Reckwitz) braucht es vor allem Ansätze, die Menschen zusammenführen und Gesellschaften nicht zusätzlich spalten.

Die politische Bildung hat in den vergangenen Jahren wieder an Bedeutung hinzugewonnen. Dies zeigt sich nicht nur daran, dass die Bundeszentrale und die Landeszentralen für politische Bildung hinsichtlich ihrer finanziellen und personellen Ausstattung zum Teil starke Zuwächse verzeichnen konnten. Dies lässt sich auch daran erkennen, dass von den öffentlichen Gebietskörperschaften ganz unterschiedliche Projekte zur Förderung der politischen Bildung und des gesellschaftlichen Zusammenhalts, etwa in Gestalt von Sonderprogrammen, auf den Weg gebracht wurden; Tendenz derzeit noch anhaltend.

Hervorgerufen wurde dies durch die Angriffe, denen die Demokratie weltweit von innen und von außen ausgesetzt war und weiter ist. Das wichtigste Beispiel dafür ist der Aufstieg der politischen Rechten von populistischen bis hin zu extremistischen Ausprägungen in fast allen demokratischen Ländern. Sinnbild dafür war und ist die Wahl von Donald Trump zum Präsidenten der Vereinigten Staaten im Jahr 2016, der von seinem ersten bis zu seinem letzten Amtstag im Januar 2021 gezeigt hat, was er von den Regeln in einer Demokratie hält: rein gar nichts.

Auch über die sogenannten sozialen Netzwerke wird der Demokratie heftig zugesetzt. Es herrscht oft eine Verrohung der Sprache und des politischen Diskurses, es bilden sich Blasen von Gleichgesinnten, die andere Meinungen und deren Begründungen schon gar nicht mehr zur Kenntnis nehmen, und die gesammelten Daten verleihen den Konzernen eine weitgehend unkontrollierte Machtstellung, der mit noch so viel politischer Bildung nicht mehr beizukommen ist. Deshalb ist meine erste These vor allem eine Forderung an die Politik.

1. These: Reguliert oder zerschlagt die asozialen Netzwerke!

Schon häufig hat sich gezeigt: Die Anbieter sogenannter sozialer Netzwerke kuschen vor Diktaturen. Sie lassen sich Auflagen gefallen, die das Recht auf freie Meinungsäußerung und die Pressefreiheit mit Füßen treten, um weiter Verbreitung zu finden und Gewinne machen zu können. Sie beuten unabhängige Medien aus, kassieren deren Inhalte, verbreiten sie und sind nur in den seltensten Fällen bereit, dafür einen angemessenen Betrag an die Urheber der Inhalte zu bezahlen. Meistens muss man sie dazu zwingen, oft gelingt das aber nicht oder in deutlich unzureichendem Maße. Wer sich dagegen wehrt, wie Australiens Regierung und Parlament, dem wird der Zugang blockiert und damit Zensur ausgeübt. Die Besitzer der „sozialen“ Netzwerke scheffeln schier unglaubliche Reichtümer; die freien, unabhängigen Medien werden von ihnen ausgebeutet und damit Zug um Zug „gekillt“.

Aber nicht nur das gefährdet die Demokratie weltweit. Die Algorithmen der sozialen Netzwerke sind so programmiert, dass sie in vielen Fällen zu einer Radikalisierung ihrer Nutzerinnen und Nutzer beitragen – zahlreiche Untersuchungen haben dies einschlägig belegt. Ändern die Anbieter der „sozialen“ Netzwerke deshalb ihre Algorithmen, was ohne Probleme möglich wäre? Sie tun es nicht. In Wirklichkeit unterhalten sie asoziale Netzwerke.

Diese asozialen Netzwerke zielen vor allem auf die Emotionen der Menschen – mit ihrer enormen Geschwindigkeit, mit der bevorzugten Verbreitung von emotional aufgeladenen Inhalten. Ziel ist es, die Nutzerinnen und Nutzer bei sich zu halten, immer stärker mit zielgenauer Werbung zu bombardieren und so zum Konsum zu verleiten. In der Summe ergibt dies einen enormen Beitrag zur Menschheitsverdummung. Die Rationalität – Grundlage für funktionsfähige Gemein-

wesen und demokratische Gesellschaften – wird mit Macht zum Rückzug gedrängt. Autoritäre Regime und Diktaturen nutzen die Netzwerke, um Unsicherheit und zersetzende Botschaften zu verbreiten; diese unternehmen dagegen wenig bis nichts: mit dem Argument, man stelle ja nur Plattformen für den Austausch zur Verfügung.

Die asozialen Hetzwerke müssen aus den genannten Gründen so reguliert werden, dass sie den Demokratien nicht länger schwer schaden – oder sie müssen zerschlagen werden, wenn eine befriedigende Regulierung im doppelten Sinne des Wortes nicht gelingt. Das Mindeste ist, sie zur Offenlegung ihrer Algorithmen zu zwingen und sie wie andere Medien und jeden normalen Menschen dafür haftbar zu machen, wenn auf solchen Plattformen Straftaten wie Volksverhetzung und Verleumdung begangen werden.

2. These: Für Gemeinschaftskunde- unterricht an allen Schulen – von Klasse 1 bis 13!

Die sozialen Netzwerke tragen auch massiv dazu bei, dass die politische Bildung gerade jene Zielgruppen, für die politische Bildung besonders wichtig wäre, gar nicht, kaum oder nur sehr unzureichend erreicht. Sie leben in den Blasen des weltweiten Netzes, zu denen wir keinen oder nur erschwerten Zugang haben. Deshalb ist es wichtiger denn je, in den Schulen von der ersten bis zur letzten Klasse politische Bildung und damit das Fach Gemeinschaftskunde anzubieten – so, wie es in Artikel 21 der Verfassung des Landes Baden-Württemberg steht: „In allen Schulen ist Gemeinschaftskunde ordentliches Lehrfach.“

Die schulische politische Bildung braucht eine massive Aufwertung, gerade auch die Medienbildung. Dafür

liefert der 16. Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung aus dem Jahr 2020 unter dem Titel „Förderung demokratischer Bildung im Kindes- und Jugendalter“ mehr als genug Belege. Er legt den Finger in die Wunde der schulischen politischen Bildung: zu wenig Angebote, meist erst ab Klasse neun, und dann vorzugsweise an Gymnasien; fachfremder Unterricht und fehlende fachkundige Lehrkräfte an Schulen ganz allgemein; kein oder wenig Einbezug von Demokratiebildung beziehungsweise politischer Bildung in die Lehrkräfteausbildung.

Das ist mein zweiter dringender Appell an die Politik, in diesem Fall vor allem an die Landespolitik: Ändern wir das! Gemeinschaftskunde muss in den Schulen einen viel höheren Stellenwert bekommen. Dasselbe gilt für fächerübergreifende Angebote der politischen Bildung wie auch in der Aus- und Fortbildung von Lehrkräften. Wir brauchen nicht nur Menschen, die auf dem Arbeitsmarkt gute Chancen haben, sondern auch Menschen, die die Spielregeln der Demokratie kennen, verstehen und beachten, und von denen sich möglichst viele für die Demokratie und eine freiheitliche Gesellschaft einsetzen.

3. These: Machen wir Vielfalt stark – auf einem gemeinsam getragenen Fundament!

Von 1989 bis 1995 war ich wissenschaftlicher Mitarbeiter des früheren CDU-Generalsekretärs und Bundesfamilienministers Heiner Geißler. Dieser hatte sich in der CDU eine Menge Ärger eingehandelt, weil er sich schon 1988 entgegen der damaligen Parteilinie „Deutschland ist kein Einwanderungsland“ für Zuwanderung und eine multikulturelle Gesellschaft in Deutschland ausgesprochen hatte. In seinem 1990 erschienen Buch „Zugluft – Politik in stürmischer Zeit“



definierte er, was er darunter verstand: „Multikulturelle Gesellschaft bedeutet die Bereitschaft, mit Menschen aus anderen Kulturen und Ländern zusammenzuleben, ihre Eigenart zu respektieren, ohne sie germanisieren und assimilieren zu wollen. Das heißt auf der anderen Seite, ihnen, wenn sie es wollen, ihre kulturelle Identität zu lassen, aber gleichzeitig von ihnen zu verlangen, dass sie die universellen Menschenrechte und die Grundwerte der Republik, z.B. die Gleichberechtigung der Frau und die Glaubens- und Gewissensfreiheit achten und zweitens die deutsche Sprache beherrschen. Unter diesen Prämissen ist Zusammenarbeit und gegenseitige Akzeptanz möglich.“

Dem habe ich immer zugestimmt. Ich tue es heute noch und bin mir sicher, dass die große Mehrheit der Menschen in Deutschland und vielen anderen Ländern diese Auffassung teilt. Vielfalt ist kein Wert an sich, sondern bedarf der gemeinsamen Fundamente. Dann kann Vielfalt gelebt werden und gedeihen. Die Spielregeln des Zusammenlebens müssen festgelegt und von allen oder zumindest der übergroßen Mehrheit anerkannt sein. Es ist notwendig, dass man eine gemeinsame Sprache spricht, damit Kommunikation möglich und gemeinsames Handeln, Verhandeln und Aushandeln sowie friedliches Austragen von Konflikten möglich ist (manchmal sind es auch zwei oder gar drei Sprachen wie in Südtirol und der Schweiz). Wenn Integration nicht gelingt, dann kann man mit hoher Wahrscheinlichkeit davon ausgehen, dass eine oder beide der von Geißler genannten Prämissen nicht eingehalten werden. Heterogenität scheitert, wenn es keine von allen geteilte „homogene“ Grundlage dafür gibt. Deshalb – und nicht, weil sie generell etwas gegen Zuwanderung hätten – lehnen die meisten Menschen in Deutschland den bewussten Rückzug in Parallelgesellschaften, Clan-Kriminalität und Islamismus genauso wie „Querdenker“ oder „Pegida“ ab. Das ist weder „rechts“ noch „links“, sondern im Sinne eines friedlichen Zusammenlebens sehr unterschiedlicher Menschen und damit lebendiger Vielfalt vorausschauend und klug.

Politische Bildung tut vor diesem Hintergrund gut daran, in einer vielfältigen Gesellschaft wie der unseren zunächst einmal die Gemeinsamkeiten zwischen den Menschen in den Vordergrund zu stellen; also das, was sie verbindet oder zumindest verbinden sollte: die Grund- und Menschenrechte unserer Verfassung, die ihnen als Individuen staatlicherseits zu garantieren sind. Das ist die Grundlage unseres Zusammenlebens.

4.

These: Polarisieren wir nicht – fördern wir lieber Zusammenhalt!

Eine absolute Stärke der politischen Bildungsarbeit ist es immer gewesen, unter dem Schirm der Überparteilichkeit und der Grundsätze des Beutelsbacher Konsenses von 1976 Dialoge zwischen verschiedenen denkenden Menschen zu organisieren, ihnen wechselnde Perspektiven zu vermitteln und demokratisch legitime Inhalte und Gruppen von Menschen gleichberechtigt an ihren Angeboten teilhaben zu lassen. So wurde trotz aller unterschiedlichen Ansichten den Menschen vermittelt, dass Demokratie ein Aushandlungsprozess auf der Grundlage gemeinsamer Grundwerte sowie der Garantie der Grund- und Menschenrechte für alle ist – jeweils als Einzelperson und nicht aufgrund einer Gruppenzugehörigkeit. Das Wesen der Demokratie ist nicht das Diktat einer einzelnen Person oder von kleinen, mächtigen Gruppen, sondern der Kompromiss als Versuch, die Interessen von möglichst vielen Menschen zu berücksichtigen und die Macht weniger über viele im Zaum zu halten. Das gelingt nicht immer – dann muss mit Mehrheit unter Achtung der Grund- und Menschenrechte der Minderheit entschieden werden. Das gelingt dann so gut wie immer und ist fast immer besser als das Diktat der Wenigen über die Vielen. Wenn das weitgehend Konsens ist, kann der Zusammenhalt auch sehr vielfältiger Gesellschaften gesichert und gewährleistet werden.

5. These: Laufen wir nicht in die Falle der Identitätspolitik!

Leider gibt es auch in der politischen Bildung zunehmend Versuche, Menschen vorwiegend anhand ihrer Zugehörigkeiten oder gar ihrer Äußerlichkeiten in Gruppen einzuteilen, die offenbar im Gegensatz zueinander stehen. So ist seit einigen Jahren von Menschen als „BIPoCs“ (Black, Indigenous and Persons of Colour) die Rede, auch immer wieder von „alten weißen Männern“, bei Letzteren meist in negativen Zusammenhängen. In der „rassismuskritischen“ politischen Bildung ist das eine wichtige Arbeitsgrundlage.

Ich persönlich halte diesen Ansatz für reaktionär, weil er Menschen auf einige wenige Merkmale reduziert und viele, zu viele andere Merkmale außer Acht lässt, die Menschen gleichgültig welcher Herkunft, welchen Geschlechts, welcher Hautfarbe und was auch immer als Person in ihrer Gesamtheit ausmachen. Damit betreiben manche – ganz unabsichtlich – leider auch das Geschäft der Rechtsaußen und deren „Vordenker“ zum Beispiel namens Steve Bannon oder Götz Kubitschek, weil sie deren Einteilung von Menschen in „Weiße“ und „Nichtweiße“ übernehmen und damit Konzepte zum Beispiel des „Ethnopluralismus“ bestätigen. „Ethnopluralismus“ ist nichts anderes als eine verbrämte Beschönigung von völkischem Denken in der Tradition des Nationalsozialismus. Das ist meines Erachtens brandgefährlich, weil wir uns damit auf deren Diskursebene begeben.

Unser Ansatz in der politischen Bildung sollte und muss es aus meiner Sicht bleiben, die Menschen zunächst als Individuen mit unveräußerlichen individuellen Rechten zu betrachten, damit auch künftig ganz klar bleibt, was wahre Demokratinnen und Demokraten von den Gegnerinnen und Gegnern der Demokratie unterscheidet: nämlich das Eintreten für die Menschenrechte aller. Es ist mir bewusst, dass unsere (nicht nur

deutsche) Geschichte voller Beispiele dafür ist, dass in der Realität das genaue Gegenteil passiert ist. Aber das darf uns nicht dazu bringen, diesen Anspruch aufzugeben, so schwer erfüllbar er ist.

Ich kann von Identitätspolitik allein schon deshalb nichts halten, weil sie Menschen in Gegensatz zueinander bringt – und das auch noch auf der Grundlage von Äußerlichkeiten. War es denn nicht schon immer eine Stärke der zivilisierten Menschheit, dass sich Kulturen ausgetauscht, vermischt, gegenseitig bereichert haben und viel Neues, Interessantes, Spannendes, Unterhaltsames, ja Weltumspannendes und unzählige Menschen Verbindendes daraus entstanden ist? Etwas, das wir gerade in Corona-Zeiten so schmerzlich vermissen – auf der Theaterbühne, im Konzertsaal, im Kino? „Identität ist nichts Negatives, nur die Politisierung von Identität ist schädlich“, sagt die Ärztin und BioNTech-Mitgründerin Özlem Türeci. Das ist auch meine Auffassung.

Vielleicht habe ich mit vielem Unrecht, was ich hier schreibe, denn letztendlich „beweisen“ kann man nicht immer alles, sondern vieles oft nur plausibel machen oder es wenigstens versuchen. Vielleicht unterliegt aber auch der Teil der politischen Bildung, der sich wegen seines „gendergerechten“, „rassismuskritischen“ Sprachgebrauchs samt zugehöriger „Haltung(en)“ für eine gesellschaftliche Avantgarde halten mag, einer Blasenillusion. „Haltung“ scheint mir in diesem Zusammenhang ein Begriff für ein in sich geschlossenes System von Argumenten und Annahmen zu sein.

Vielleicht trägt dieser Ansatz der politischen Bildung so letztendlich dazu bei, wenn auch vermutlich sehr ungewollt, dass die politische Bildung den Anschluss an nennenswerte Teile der Gesellschaft verlieren und damit an Relevanz einbüßen könnte. Denn es könnte so sein, dass die Menschen die vielfältigen Diskriminierungen, die sie heute nach Ansicht vieler in unserem Fach aussprechen oder begehen könnten, gar nicht zum Anlass nehmen, an ihren „Haltungen“ zu arbeiten

– sondern schlichtweg verhaltensunsicher werden, sich abwenden und lieber gar nichts mehr sagen als etwas möglicherweise Falsches. Die Folge könnte sein, dass sie sich dann lieber zurückziehen, als sich auf eine als schwierig empfundene soziale Umwelt einzulassen. Verhaltensunsichere Menschen sind nämlich eines ganz bestimmt nicht – zugänglich und weltoffen.

6. These: Organisieren wir mehr Dialoge!

Die politische Bildung ist meines Erachtens gut beraten, sich in den herrschenden Konflikten um Identitäten nicht einseitig zu positionieren, sondern sich weiter an den Grundsätzen des Beutelsbacher Konsenses zu orientieren: Verzicht auf Überwältigung zum Beispiel beim Sprachgebrauch, Herstellung von Kontroversität in Veranstaltungen und Publikationen, auch wenn es schwerfällt.

Gerade in einer Zeit, in der immer mehr Menschen in Meinungsblasen eine feste Heimstatt finden, ist es wichtig, im Gespräch zu bleiben – oder erst wieder ins Gespräch zu kommen. Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier hat hierzu zum Beispiel ein interessantes Format eingeführt, in dem er versuchte, Bürgerinnen und Bürger mit kontroversen Ansichten zu kontroversen Themen zu einem Meinungsaustausch auf Augenhöhe zusammenzubringen. Das könnte ein Vorbild für die politische Bildung sein – und wenn wir unserer Kreativität freien Lauf lassen, kriegen wir da sogar noch Besseres hin.

7. These: Werden wir nicht „neutral“, aber bleiben wir überparteilich!

Im Jahr 2019 haben wir den hundertsten Jahrestag des Inkrafttretens der Weimarer Verfassung begangen. Und den siebzigsten Jahrestag der Verkündung unseres Grundgesetzes. Die Gegner der ersten deutschen Demokratie haben die freie Presse als „Lügenpresse“ diffamiert, das Parlament als „Schwatzbude“ und die Demokratinnen und Demokraten in Parlamenten und Regierungen als „Volksverräter“; das erleben wir auch heute wieder. Aber was haben die Menschen ab 1933 von den Feinden der Demokratie dann bekommen? Eine Lügenpresse, dazu ein Lügenradio, ein Parlament als Schwatzbude ohne Bedeutung mit jeder Menge Volksverrättern darin und in der Regierung. Nur hat man das in Deutschland dann nicht mehr sagen dürfen. Wir im Deutschland von heute können es sagen. Und leider müssen wir es auch wieder sagen. Damit sich Geschichte eben nicht wiederholt.

Jetzt fragen sich vielleicht manche: Darf der Direktor einer zur Überparteilichkeit verpflichteten Einrichtung so eindeutig Stellung beziehen? Ich darf es nicht nur, sondern ich muss. Es gibt ein Indoktrinationsverbot, aber keine Neutralitätspflicht der politischen Bildung – ob von Lehrkräften in den Schulen, ob von der Landeszentrale für politische Bildung oder wem auch immer, wie das bisweilen behauptet wird. Das Grundgesetz und seine ersten zwanzig Artikel sowie die Menschenrechte, die sich ebenso aus der Landesverfassung ergeben, sind für die politische Bildung in Baden-Württemberg nicht verhandelbar. In Artikel 12 unserer Landesverfassung heißt es: „Die Jugend ist in Ehrfurcht vor Gott, im Geiste der christlichen Nächstenliebe, zur Brüderlichkeit aller Menschen und zur Friedensliebe, in der Liebe zu Volk und Heimat, zu sittlicher und politischer Verantwortlichkeit, zu beruflicher und sozialer Bewährung und zu freiheitlicher demokrati-

scher Gesinnung zu erziehen.“ Das gilt auch mit Blick auf die Erwachsenen, wenngleich man diese, so hoffe ich wenigstens, nicht mehr wirklich erziehen muss.

Die angebliche „Neutralitätspflicht“ der politischen Bildung ist eine Erfindung ihrer Gegnerinnen und Gegner. Wenn zum Beispiel Abgeordnete einer im Landtag von Baden-Württemberg vertretenen Partei bei einer Kundgebung mitlaufen, bei der der Hitlergruß offen gezeigt wird – in Deutschland eine Straftat –, so **kann** dies von der politischen Bildung nicht nur kritisch thematisiert werden, sondern es **muss** sogar kritisch thematisiert werden. Die Demokratie verlangt und benötigt Unterstützung, nicht Neutralität.

Es gilt aber auch: Unser Job ist und bleibt die Aufklärung und nicht die Parteinahme. Die einzige Haltung, die wir zu vermitteln haben, ist eine demokratische Haltung. Die Menschen befähigen, selbst zu entscheiden – das muss und sollte uns auszeichnen. Dann, und nur dann, machen wir unsere Arbeit richtig.

8. These: Reden und schreiben wir gutes und verständliches Deutsch!

Ich war persönlich schon immer der Auffassung, dass es in der politischen Bildung (und in der Politik!) wichtig ist, möglichst verständliches Deutsch zu sprechen – auch wenn das zugegebenermaßen ein Anspruch ist, an dem man häufig scheitert. Dennoch spreche ich mich für einen inklusionsbewussten Sprachgebrauch in der politischen Bildung aus, der möglichst viele Menschen zu erreichen hilft, möglichst wenige ausschließt und so den gesellschaftlichen Zusammenhalt fördert. Der in der politischen Bildung um sich greifende, immer komplexer gewordene Sprachgebrauch führt dazu, dass wir weniger Menschen erreichen. Deshalb habe

ich mich anders entschieden als andere in der politischen Bildung.

Inklusionsbewusste Sprache heißt: keine oder wenige Fremdworte, möglichst keine Anglizismen, Gallizismen und so weiter, keine Abkürzungen außer sehr bekannten wie SPD oder CDU, keine Kunstworte, keine Sonderzeichen, keine künstlichen Sprechpausen und möglichst kurze Sätze. Das gilt für das gesprochene Wort und geschriebene Texte. Das ist nicht wirklich leicht, und ich schaffe es oft auch nicht, wie dieser Artikel leider an etlichen Stellen belegt. Aber das Ziel muss man sich setzen, wenn man möglichst nahe an es herankommen will. Franz Müntefering kann dabei als Vorbild dienen.

Wenn man Bildung vermitteln will, zumal politische Bildung, dann ist ein Sprachgebrauch, der auf Verständlichkeit zielt, dabei sicher hilfreich. Im Kern geht es mir mit meinem Anliegen für eine inklusionssensible Sprache um eine nutzerinnen- und nutzerfreundliche politische Bildung, um möglichst niedrige Zugangsschwellen. Darum, die „Durchschnittsmenschen“ zu erreichen, die im Übrigen unsere Gehälter mitbezahlen. Die Grundregeln und Voraussetzungen dafür sind ganz einfach: Nur wer verstanden wird, wird zur Kenntnis genommen. Wir können nicht erwarten, dass sich Menschen unseren Sprachgebrauch erarbeiten, um erfolgreich mit uns kommunizieren zu können, selbst wenn sie die Zeit dazu hätten. Aber umgekehrt können sie von uns erwarten, dass wir zumutbare Anstrengungen unternehmen, um ihnen gegenüber kommunikations- und sprechfähig zu bleiben. Wir müssen auch die „einfachen“ Menschen erreichen, schon um der eigenen Legitimation willen.

9.

These: Bleiben wir dran an den harten Themen!

So ausgiebig wir in der politischen Bildung um das „Gendern“ oder Nicht-„Gendern“ ringen mögen – für unsere Relevanz als gesellschaftlicher Faktor ist und bleibt es wichtig, dass wir auch die sogenannten „harten“ Themen weiter intensiv bearbeiten – und vielleicht auch das eine oder andere stärker in den Blickpunkt rücken. Einige davon möchte ich hier nennen:

- Die immer deutlicher werdende Informationskriegsführung und Zersetzungsstrategie von Putins Russland gegen die westlichen Demokratien.
- Die Entstehung einer neuen Überwachungs-diktatur mit Weltmachtanspruch in China.
- Die weltweite Corona-Pandemie und ihre verheerenden Auswirkungen auf viele der in den letzten Jahren gemachten globalen Fortschritte.
- Der weltweite Vormarsch des Nationalismus und die Frage, wie man ihn stoppen kann.
- Die heftigen globalen wie nationalen Verteilungskämpfe, die sich infolge des Klimaschutzes verschärfen dürften.
- Der Klimaschutz als solcher natürlich selbst.
- Die großen ethischen Fragen der Zukunft wie die Nutzung Künstlicher Intelligenz oder die weltweiten Gesundheits- und Überlebensfragen.
- Menschenrechtsverletzungen übelster Art in zu vielen Ländern dieser Erde.
- Die Fragen des Katastrophenschutzes (in den Tagen, in denen ich diesen Aufsatz schreibe, stehen in Deutschland weite Gebiete unter Wasser).

10.

These: Arbeiten wir weiter gemeinsam gegen Nationalismus!

„Natürlich, das einfache Volk will keinen Krieg (...). Aber schließlich sind es die Führer eines Landes, die die Politik bestimmen, und es ist immer leicht, das Volk zum Mitmachen zu bringen, ob es sich nun um eine Demokratie, eine faschistische Diktatur, um ein Parlament oder eine kommunistische Diktatur handelt. (...) Das ist ganz einfach. Man braucht nichts zu tun, als dem Volk zu sagen, es würde angegriffen, und den Pazifisten ihren Mangel an Patriotismus vorzuwerfen und zu behaupten, sie brächten das Land in Gefahr. Diese Methode funktioniert in jedem Land.“

Dieses Zitat stammt von Hermann Göring. Er soll diese Sätze 1946 in der Gefängniszelle in einem Interview dem amerikanischen Psychologen Gustave M. Gilbert gesagt haben. Das Unheimliche und zugleich Befremdliche daran ist: Selbst aus heutiger Sicht liegt darin ein wahrer Kern. Wenn es im letzten und in diesem Jahrhundert gegen die Demokratie, gegen die Menschenrechte, gegen den Frieden ging, dann waren fast immer nationalistische Erzählungen und Ideologien im Spiel. Sie haben auch heute noch eine hohe Anziehungskraft auf viele Menschen, zu viele Menschen.

Das ist eine Herausforderung, ganz besonders auch für die politische Bildung. Wir müssen es wieder in die Köpfe der Menschen hineinbekommen, was Nationalismus und Diktatur bedeuten: Sie bedeuten Krieg und Zerstörung, Armut und Elend. Das bleibt für mich die zentrale Herausforderung der politischen Bildung in den kommenden Jahren. Natürlich nicht, indem wir den Menschen ständig Angst machen; das tun andere schon zur Genüge. Sondern indem wir ihnen die Vorzüge der Demokratie, der Menschenrechte, des friedlichen Miteinanders, des Kompromisses und der

Rechtsstaatlichkeit vermitteln. Das ist und bleibt die Kernaufgabe der politischen Bildung.

Darüber könnten wir uns doch bei allen Kontroversen in unserer Disziplin einig sein.

11. These: Klären wir auf und belehren wir nicht!

Politische Bildung soll aufklären, nicht belehren. Politische Bildung soll eine demokratische Grundhaltung vermitteln und die Menschen befähigen, sich ihr eigenes Urteil zu bilden. Unsere Überparteilichkeit sowie das Festhalten an den Inhalten des Beutelsbacher Konsenses sind unabdingbar für eine politische Bildung, die ihre Relevanz behalten und unterstreichen will: keine Indoktrination, Kontroversität (immer!) und Befähigung der Menschen zur demokratischen Teilhabe. Nur wer bereit ist, Probleme und Aufgaben von unterschiedlichen Seiten her zu betrachten und hin und wieder Kompromisse einzugehen, wird mit den Komplexitäten der heutigen Welt fertig werden können. Dafür bedarf es unsererseits des Vertrauens in unsere Demokratie – bei allem, was der Kritik und der Verbesserung würdig ist – wie in unsere eigene Wirksamkeit. Dazu bedarf es einer ideologiefreien politischen Bildung, die sich Identitätspolitik gerade nicht zu eigen macht, sondern deren spalterische Inhalte und Tendenzen klar beim Namen nennt und kritisch thematisiert.

Das liegt nicht nur im Interesse der eigenen Zukunft. Mit alten und neuen Nationalismen sowie unnötig heraufbeschworenen, künstlich aufgeblasenen und unnötig politisch-moralisch aufgeladenen Identitätskonflikten werden wir die großen Menschheitsaufgaben wie Klimakrise und Pandemie samt Pandemiefolgen nicht bewältigen können. „Zusammenarbeit setzt Vertrauen voraus“, sagt zurecht der identitätspolitikskritische Publizist und Kulturwissenschaftler Hamad Abdel-Samad. Daran müssen wir arbeiten – in unserer Gesellschaft wie auch global. Das bedarf der richtigen Prioritätensetzung. Einige Vorschläge dazu habe ich hier gemacht.

Ich bin, wie dieser Artikel belegt, nicht frei von Skepsis, aber in der Gesamtschau zuversichtlich, dass die Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg mit ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern wie auch die anderen Zentralen für politische Bildung auch in Zukunft deutlich sichtbare, qualitativ hochwertige und manchmal sogar vorbildliche Beiträge zur Vermittlung politischer Bildung in unserer Gesellschaft erbringen können und werden. Überparteilichkeit und der Beutelsbacher Konsens müssen dafür weiter die Grundlage sein.

(Hinweis: Dieser Beitrag ist eine gekürzte und überarbeitete Fassung des Artikels „Laufen wir nicht in die Falle der Identitätspolitik! – Persönliche Anmerkungen zur Gegenwart und Zukunft der Politischen Bildung“, abrufbar auf www.lpb-bw.de).